

## Stellungnahme zum 10-Punkte-Katalog der bayerischen Land- und Forstwirtschaft zur Landtagswahl 2023

Ganz allgemein und generell freue ich mich darüber, dass der BBV zunehmend unsere Forderungen aufnimmt und als eigene Forderungen mit uns teilt. Damit löst sich für mich insbesondere ein Vorwurf gegen uns auf, dass wir gegen die Landwirtschaft im Allgemeinen und insbesondere die Bauern agieren und sprechen würden. Für mich war es immer wichtig, mich auf die Seite insbesondere der bäuerlichen Landwirtschaft, die Bäuerinnen und Bauern landauf, landab zu stellen und nach echten nachhaltigen u.d.h. langfristigen Lösungen zu suchen. Dieser Vorwurf hat mir immer weh getan, weil ich ihn von Anfang an für unberechtigt hielt.

Allerdings kann Solidarität nicht heißen, zu Missständen und Fehlentwicklungen zu schweigen um des lieben Friedens willen: Gute Freundschaft muss auch Kritik und das Ringen um den rechten Weg beinhalten. Nichts anderes war und ist mein Bestreben.

Zu 1.: Vielfalt stärken:

- Für ein „Sowohl als auch“ und kein „Entweder oder“: Diese Forderung tritt bei mir und uns offene Türen ein. Nichts anderes war und ist unser Bestreben. Als Beispiel sei unsere Forderung genannt, Agri-PV intensiv zu fördern und finanziell zu unterstützen, damit diese Mehrfachnutzung endlich zum Durchbruch kommt. In der Zukunft kann diese Form des Ackerbaus sogar eine noch wichtigere Funktion bekommen, weil sie durch die Abschattung der durch die Klimakrise immer aggressivere Sonneneinstrahlung hilft, die Böden vor dem Austrocknen zu bewahren.
- Mehr Anerkennung und Wertschätzung: Entgegen dem uns oft entgegengebrachten Vorwurf stehe ich voll hinter dieser Forderung! Dazu gehört auch das von uns seit Langem geforderte wieder Zusammenbringen von Erzeuger und Verbraucher durch möglichst vielfache Begegnungsmöglichkeiten durch z.B. SoLaWi, Direktvermarktung, offener Bauernhof und v.a. regionale Erzeugung und Verbrauch.
- Mehr Miteinander: Auch hier gilt das Gleiche: Eine von mir seit langem geforderte Beteiligung der Betroffenen bzw. der Fachleute. Der „Runde Tisch“ als Folge des Bienen-Volksbegehrens der ÖDP wäre ein Beispiel, wo Fachleute aus den verschiedenen Richtungen an einem Tisch um die richtige Lösung ringen.
- Klares Bekenntnis und konkrete Maßnahmen: Auch hier ein umfassendes D'accord zur Existenzsicherung der bäuerlichen Familienbetriebe. Zur Wahrheit der Agrarstrukturentwicklung gehören aber auch die Änderungen der Zuteilungs-Kriterien von der Fläche hin zur nachhaltigen und ökologischen Leistungserbringung und die Umstellung auf entsprechende ökologische – und das bedeutet: zukunftssträchtige – Bewirtschaftung – Verbesserung der Bodenstruktur, Erhaltung der Artenvielfalt etc. Hier muss die Anerkennung der mittlerweile unaufhaltsam auf uns zurollenden Bedrohung durch die Klimakrise und Artenschwund mit dem einhergehenden Zusammenbruch ganzer Biosphären und der daraus folgenden Notwendigen Handlungen und Umstellungen ihren eindeutigen Niederschlag finden.
- Dem Bürokratie-Wahnsinn Einhalt gebieten: Ebenfalls ein klares „Ja“! Die Dokumentationspflichten haben ein kaum mehr zu bewältigendes Bürokratie-Monster erschaffen. Allerdings: Notwendige Maßnahmen zur Umstellung bzw. Umstrukturierung im oben genannten Sinne dürfen durch ein Moratorium nicht behindert oder gar aufgestoppt werden. Dazu fehlt uns die Zeit, auch deshalb, weil wir viel zu lange gewartet haben und nun unter enormem Handlungsdruck stehen, wenn wir hier noch erfolgreich die Katastrophe abwenden oder auch nur abmildern wollen.
- Initiative auf Bundesebene zur Aufnahme von Klimaschutz und Ernährung als Ziele ins Grundgesetz: Nichts Geringeres wünschen wir uns!

- Auch diese Forderung können wir nur unterstreichen!

Zu 2.: Wahrung des Eigentums: Grund- und Boden als Bewirtschaftungsgrundlage sichern:

- Land- und forstwirtschaftliche Nutzflächen erhalten und Flächenfraß stoppen: Da das eine alte Forderung der ÖDP ist, können wir sie nur unterschreiben!
- Innovative Wege beim naturschutzrechtlichen und baurechtlichen Ausgleich: Auch hier sofortige Zustimmung bei Umstellung auf Ökolandbau mit der Konzentration auf Bodenverbesserung und Maßnahmen zur Erhaltung bzw. Verbesserung der Artenvielfalt. Insbesondere gehört „Bauernland (dauerhaft) in Bauernhand“. Hier braucht es ein Gesetz wie in der Schweiz, nachdem landwirtschaftliche Fläche nur an Bauern verkauft werden darf. Investoren haben dort keinerlei Zugriff auf landwirtschaftliche Flächen.
- Im Grunde das Gleiche wie zur vorhergehenden Forderung.
- Vorrang der freiwilligen Kooperation vor hoheitlichen Maßnahmen: Auch hier besteht Einverständnis. Allerdings müssen die vorgesteckten Ziele insbesondere auch der Umsetzung des Bienenvolksbegehrens – weil Gesetz – erreicht werden. Eine Verfehlung können wir uns nicht mehr leisten.
- Gleiches gilt auch für die Umsetzung des Waldpaktes, der ja selbst die Ziele umschreibt, die vom Artenschutz und Klimaschutz her erreicht werden müssen.
- Diese Forderung sollte sich rein aus den geltenden Rechtsgrundsätzen von selbst verstehen.

Zu 3.: Regionalität in den Fokus rücken: Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken:

Gerade dieser Punkt stellt für die ÖDP seit Jahren eine der Grundforderungen dar. Diese Forderungen sind insbesondere in meinem Buch „Wirtschaft ohne Wachstumszwang“ als ein grundsätzliches Erfordernis für eine gelingende Wirtschafts- und Gesellschaftsreform formuliert.

- Maßnahmen zur Stärkung der bäuerlichen Familienbetriebe und des ländlichen Raums insgesamt sowie für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land: Sowohl die Versorgungssicherheit mit regionalen Lebensmitteln, als auch die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe zählen seit Jahren zu den landwirtschaftlichen Kernforderungen der ÖDP. Insbesondere die Forderung nach „Fair-Handelsabkommen“ statt sog. „Freihandelsabkommen“ sind seit Jahren in unseren Programmen fest verankert und auch in meinem Buch beschrieben. Dreh- und Angelpunkt sind dabei die Festschreibung hoher Erzeugungs-, Produkt- sowie Sozialstandards, die weder von ausländischen Konzernen noch deren Produkten unterlaufen werden dürfen sowie der Ausschluss entsprechender Klauseln wie der Ratchet-Clause, die die Entwicklung von Normen, Verordnungen und Standards nur in eine Richtung kennen: nach unten. Mercosur stellt hier nur ein Negativ-Beispiel dar; im Grunde sind aber sämtliche Freihandelsabkommen der neuen Generation (seit TTIP) abzulehnen. Besonders kritisch sind die EPA's zu nennen, die regelrechte Knebelverträge für Länder der sog. „Dritten Welt“, hier insbesondere der dortigen Landwirtschaft, darstellen. Hier sollten Landwirte sich auch weltweit solidarisch zeigen und nicht von den Benachteiligungen anderer profitieren! Zu diesen Maßnahmen gehört auch ein wirklich wirksames Lieferkettengesetz, das über die Einfuhr ausländischer Produkte wacht, damit dadurch nicht inländische Produkte benachteiligt werden. Auch die Marktmacht der LEH-Konzerne gehört auf den Prüfstand: Werden die Erlöse an die Produzenten weitergegeben oder verbleiben sie bei den Handelskonzernen? Werden Produzenten gegeneinander ausgespielt, um niedrigere Einkaufspreise durchzusetzen? Mindestpreise für landwirtschaftliche Produkte, die die Arbeit der Landwirte abbilden, könnten hier als eine Maßnahme in Betracht gezogen werden. Hier gehört aber zur ganzen Wahrheit auch dazu, dass Bioprodukte wegen ihrer anderen Produktionsweise aus dem Preiskampf – zumindest teilweise – raus sind und damit die Kostenwahrheit besser darstellen können. Ein zweiter Schlüssel wäre also

ein höherer Standard, der unsere Produkte von anderen, z.B. ausländischen, unterscheidet und diese dann entsprechend für den Verbraucher gekennzeichnet werden und damit den Preisunterschied rechtfertigen.

Der Auf- und Ausbau von regionalen Vermarktungsinitiativen stellt einen weiteren Schlüssel dar, der vom Freistaat gefördert werden sollte.

Bei der Priorisierung der Landwirtschaft bei der Wasserversorgung bin ich gespalten, da die öffentliche Wasserversorgung ein wesentliches Element der allgemeinen Daseinsvorsorge ist und ganz grundsätzlich nicht angetastet werden darf. Insgesamt sehe ich die zukünftige öffentliche Wasserversorgung als hochproblematisch an, so dass eine Priorisierung zukünftig – abgesehen von der notwendigen Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser, was eine Staatspflicht ist – gar nicht mehr zur Diskussion stehen wird, sondern es eher auf eine Zuteilung zur Begrenzung des Wasserverbrauchs auf das, was die Natur auf Dauer zu geben vermag, hinauslaufen wird – die Privathaushalte eingeschlossen. Da wurden unsere Warnungen teilweise seit Jahrzehnten als Hirngespinnste in den Wind geschlagen. Die Rechnung müssen wir jetzt alle bezahlen. Hier hoffe ich auf Staatliche Vernunft und private Selbstdisziplin. Tut mir leid, aber alles andere wäre Schönfärberei! Hier habe ich nur einen Hinweis anzubieten, der hoffentlich nicht schon zu spät kommt, dass nämlich ein gesunder Boden wesentlich mehr Wasser aufnehmen, halten und dementsprechend an die Pflanzen abgeben kann, als ein kranker oder gar toter Boden. Dem entsprechend muss gehandelt werden, und zwar schnell!

Staat als Vorbild: Seit etlichen Jahren eine Forderung unserer Partei – niedergelegt auch in unserem Bienen-Volksbegehren. Das muss nun endlich umgesetzt werden!

Diversifizierung in der Landwirtschaft fördern: Auch hier: lauter offene Türen! Umbau, Umstrukturierung in Richtung Ökologie und in Richtung bäuerliche Landwirtschaft – unsere Forderung seit Jahren!

Auch die baurechtliche Privilegierung für die bäuerlichen Familienbetriebe sicher zu stellen ist für uns klar.

Lebendige Dörfer, gute, vielfältige Infrastruktur mit innovativen Mobilitätsangeboten, ehrenamtliches Engagement mit Vereinen als Lernorten der Demokratiebildung, flächendeckende Verfügbarkeit von Aus- und Fortbildung, Sicherstellung einer angepassten Anzahl an Ausbildungsbetrieben sowie stärkere Förderung benachteiligter Gebiete – alle diese Punkte haben unsere und meine volle Unterstützung: Ich lebe auf dem Land, im Dorf, bin z.B. mit hauptverantwortlich für unsere Kerwa, in der Umsetzung der meisten genannten Punkte mitten drin, d.h. selbst beteiligt. Was soll ich noch sagen?

- Digitalisierung und Bauernhof 4.0: Für flächendeckendes schnelles Internet – als Glasfaserkabel ins Haus: Sehr gerne! – Als 5G-Mobilfunk: Das sehe ich kritisch! Nicht, dass ich jemandem nicht sein schnelles Internet und seinen schnellen Zugang dazu gönne, aber die 5G-Technologie – und damit meine ich die Frequenzbereiche im Gigahertz-Bereich (5G schließt ja auch 4G mit ein) sind mit einem ordentlichen Gesundheitsrisiko behaftet. Von der Seefahrt her weiß ich, dass sich im Strahlungsbereich der Radarkeule niemand aufhalten durfte und darf; umgekehrt durfte das Radar nicht eingeschaltet werden, solange sich jemand in diesem Bereich aufhielt. Seeradar und 5G liegen im selben Frequenzbereich und sind dementsprechend gesundheitsschädlich. Und was in der Berufsseefahrt an Sicherheitsanforderungen gilt, sollte im privaten Bereich eigentlich selbstverständlich sein. Nun wird Radar nicht nur auf See seit Langem verwendet und eine entsprechende Anwendung sollte auch in anderen beruflichen Situationen – also auch in der Landwirtschaft – möglich sein; dann aber bitte nicht flächendeckend, sondern nur dort, wo es auch wirklich gebraucht wird, also auf dem Feld. Zwei Hinweise dazu: 1. Diese Wellen sind nicht nur schädlich für den Menschen, sondern auch für andere Organismen, also sollte man auch mit dieser neuen Technologie von vorneherein umsichtig umgehen und sie nicht einfach einsetzen, nur deshalb, weil man es kann. 2. Für GPS-Technik braucht es kein 5G. Die Ortung via Satellit geschieht

über das gute alte UKW. Drohnen, die ein Feld überfliegen und per GPS entsprechende Stellen markieren, können ihre Ergebnisse ohne weiteres mit z.B. Bluetooth an die Steuerung im Schlepper oder dem entsprechenden Gerät übermitteln, so dass das Meiste auch ohne 5G zu bewerkstelligen ist. Und die meisten anderen Anwendungen könnten über Glasfaser bedient werden.

Zu 4.: Energiewende: Chancen heimischer erneuerbarer Energien nutzen und dezentrale Energieversorgung vorantreiben:

- Verstärkte Umsetzung von dezentralen Energiekonzepten: Hier sind wir wieder vollkommen beisammen. Wir fordern genau dasselbe.
- Ebenso in diesem Punkt. Wie oben bereits beschrieben mit einem Schwerpunkt bei der „echten“ Agri-PV: Dasselbe ist auch bei uns eine stehende Forderung.
- Nutzung von Waldholz: Hier ist unsere Partei gespalten. Ich selbst stehe voll und ganz hinter dieser Forderung – habe selbst in den letzten Jahren fast ausschließlich mit Holz geheizt und den Holzofen selbst jetzt mit meiner neuen Wärmepumpe als Backup behalten. Holz gehört für mich zu einer Kreislaufwirtschaft dazu.
- Auch mit der nächsten Forderung kann ich mich voll und ganz identifizieren, im Gegenteil: Viele kleine dezentrale Biogas/Biomasse-BHKWs können im Zusammenschluss bei zentraler Steuerung sowohl Grundlastfunktion erfüllen, als auch zur Netzstabilisierung beitragen; und das bei wesentlich höherer Flexibilität als bei Großkraftwerken. Diese Funktionen sind m.E. noch nicht oder nicht im erforderlichen Maß berücksichtigt worden.
- Ebenso setze ich mich seit Jahren für die Förderung dezentraler Bürgerprojekte vor Ort ein. Wir sind in Heilsbronn und Umgebung gerade dabei mit einer Bürgerinitiative land- und forstwirtschaftliche Fläche und Bewirtschaftung zu retten. Die hier genannten Forderungen stehen für mich selbstverständlich im Raum.
- Das Gleiche gilt für die übrigen Punkte – teilweise für mich als Betroffener, teilweise, weil ich mich seit Jahren dafür einsetze.  
Gerade Landwirtschaft hat hier ein enormes Potenzial, das es zu heben gilt.

Zu 5.: Klimaschutz: Land- und Forstwirtschaft als Teil der Lösung stärken:

Auch hier und von der Überschrift her ein völliges D'accord. Das gilt insbesondere für

- Punkt 1 der Sonderrolle der Land- und Forstwirtschaft;
- zu Punkt 2, Bioökonomie möchte ich zum Beispiel Bauen mit Holz ergänzen: Es gibt noch viel mehr biologische Baustoffe, die die Land- und Forstwirtschaft bereitstellt; hier darf auch noch viel geforscht werden.
- Punkt 3 kann man als auch nur halbwegs vernünftiger Mensch nur unterstützen.
- Punkt 4, Land- und Forstwirtschaft beim Umgang mit den Folgen des Klimawandels unterstützen ist für mich ebenso klar, allerdings unter drei Bedingungen: 1. Die Ressource Wasser muss wie oben beschrieben in einer Gesamtlösung betrachtet werden; 2. Keine Gentechnik – auch nicht durch die Hintertür (Vgl. CrisprCas u.Ä.); 3. Der Umbau muss ein biologisch-ökologischer sein; ansonsten begehen wir die gleichen Fehler wie bisher wieder und das können wir uns angesichts der Klima- und Artenkrisenzeitschiene nicht leisten.
- Ich bin kein Vegetarier und bin entschieden für regionale Produkte – am liebsten Bioprodukte. Von daher kann ich auch mit diesem Satz gut leben und ihn bejahen. Trotzdem können wir nicht so weiter machen wie bisher. Wir müssen von unserem extrem hohen Fleischkonsum herunter kommen! Das ist aus Umwelt- und Klima- und Artenschutzgründen notwendig, aber auch aus ernährungspolitischer Sicht, insbesondere in Bezug auf die Versorgungssicherheit von der

bestehenden landwirtschaftlichen Nutzfläche her, auch aus gesundheitlichen Gründen ist diese Umstrukturierung notwendig – sie wird überlebensnotwendig sein. Angefangen damit, dass wir bei unserer Ernährung aufhören, Fleisch in großen Mengen aus dem Ausland zu importieren, und uns auf das eigenproduzierte Fleisch konzentrieren, aber auch indem wir aufhören, in diesem enormen Ausmaß Futtermittel – besonders schlimm: Genmais und Gensoja – zu importieren, und stattdessen heimisches und möglichst vor Ort gewachsenes Futter verwenden. Alleine diese Maßnahmen werden unseren Fleischkonsum nachhaltig verändern.

- Bayerns Bauern bei der Bewirtschaftung von Moorflächen unterstützen: Auch damit bin ich einverstanden unter der Maßgabe, dass diese Moorflächen nicht mehr trockengelegt, sondern eher wiedervernässt werden, kein Torfabbau stattfinden darf und die Bewirtschaftung sich auf entsprechend umweltverträgliche Nutzung konzentriert, wie z.B. Reetgewinnung und andere nachwachsende Produkte.
- Honorierung der Klimaschutzleistung von Wald und Holz: Auch hier besteht klares Einverständnis.
- Ein realistischeres Bild von Land- und Forstwirtschaft in allgemeinbildenden Schulen und anderen Bildungseinrichtungen darzustellen und zu vermitteln und gegen Verunglimpfungen der Bauern ins Feld zu führen, sollte selbstverständlich sein.

Zu 6.: Nachhaltiges Wirtschaften fördern – ökonomisch, ökologisch und sozial:

Als Verfechter einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft gehören für mich diese drei Elemente untrennbar für ein zukunftsgerichtetes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zusammen (vgl. mein Buch „Wirtschaft ohne Wachstumszwang“; 2021, Tectum-Verlag). Zwischen diesen dreien muss ein entsprechender Ausgleich sein. Allerdings sehe ich die Priorität etwas anders: Zuerst kommt die Ökologie, denn wir alle sind Teil dieser und können in einer zerstörten Natur nicht überleben. Sodann kommt das Soziale, denn das dritte, die Ökonomie, hat dem Menschen zu dienen und nicht umgekehrt. Deshalb muss sich Ökonomie immer nach den Bedürfnissen der Menschen richten. Das beinhaltet aber ebenso selbstverständlich, dass Leistungen ihren Preis haben müssen, um die Leistungserbringer so zu entlohnen, dass sie davon gut leben können. Und genau dieser Punkt sitzt in der gegenwärtigen Landwirtschaft jämmerlich schief!

Alles Folgende steht unter diesen Prämissen:

- Umsetzung eines nachhaltigen Wassermanagements: Diese Forderung ist überfällig. Allerdings muss das Augenmaß auf das kalibriert werden, was die Natur auf lange Sicht zu geben im Stande ist. Pauschale Priorisierungen (s.o.) helfen hier nicht weiter.
- Ökologische Leistungen brauchen ökonomische Basis: Auch dieser Satz versteht sich eigentlich von selbst: Punkt 1 von vorneherein klar. Punkt 2: Den Begriff des Kannibalismus verstehe ich hier nicht, außer, dass hier einer dem anderen bei der Zuteilung der KULAP-Maßnahmen das Wasser abgräbt – nicht gut! Punkt 3 unter der Maßgabe der Priorität der Ökologie einverstanden. Punkt 4 für mich selbstverständlich. Auch Punkt 5 muss klar sein: Landwirtschaftliche Familienbetriebe dürfen nicht überlastet werden. Hier muss der soziale Aspekt über dem wirtschaftlichen stehen: Die Menschen, die hier arbeiten, müssen ein auskömmliches Einkommen haben.
- Fördermaßnahmen stärken und ausbauen: Zu allen drei Punkten besteht völliges Einverständnis.
- Umsetzung der Düngeverordnung praxistauglich gestalten: Unter der Prämisse der Beachtung der Priorität der Ökologie ist die Umsetzung mit Augenmaß immer der bessere Weg als ein Pauschalisierung.
- Bedarfsweisen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ohne pauschale Reduktionsziele: Diesen Punkt sehe ich kritisch: Für mich sind Herbizide und Pestizide allgemein Teil des Problems und nicht Teil einer Lösung. Böden sind dadurch nachhaltig gestört und auch zerstört worden. Das ist nicht, was wir unter Nachhaltigkeit verstehen.

- Bürokratieabbau ja, pauschale Streichung eines Walzverbots nein! Auch hier bitte mit Augenmaß und ohne Pauschalisierung!
- Erhalt und Stärkung der vitalen Berglandwirtschaft mit Almen und Alpen nötig: Das steht für mich außer Frage: Auch das Gebirge ist bereits seit Jahrhunderten in weiten Teilen eine Kultur- weniger eine Naturlandschaft, die nachhaltig gepflegt werden muss; das geht nicht ohne Bauern!
- Praxistaugliche Regelungen für Wolf und andere: Auch hier gilt wieder unter der Prämisse der Priorität der Ökologie ein „Ja“ mit Augenmaß.
- Wegen zu geringer Kenntnis in diesem Punkt keine Einschätzung.
- Sustainable Finance: In Bezug auf die Land- und Forstwirtschaft als Wirtschaftsakteure d'accord! Land- und Forstwirtschaft muss vor unberechtigten Übergriffen der Finanzwirtschaft geschützt werden.

#### Zu 7. Tierhaltung und Tierschutz: Praxistaugliche Weiterentwicklung ohne Strukturbrüche:

- Wie bereits mehrfach ausgeführt, ist die Verbesserung der Wertschöpfung für die Erzeuger eine unabdingbare Forderung v.a. im Hinblick auf die Marktmacht des Handels.
- Ich kenne die Förderprogramme nicht im Einzelnen; deshalb hier wieder unter Zugrundelegung der Prämisse der Priorität der Ökologie ein vorsichtiges „Einverstanden“.
- Kleine Strukturen und Tierhaltung erhalten: Auch hier wieder praxistaugliche Lösungen im Einklang mit Tierwohl und Machbarkeit in kleinbäuerlichen Strukturen.
- Praxistaugliche, gemeinsam erarbeitete und langfristig verlässliche nachhaltige Tierhaltung und Tierschutz – jawohl!
- Das Gleiche gilt für diesen nächsten Punkt.
- Gute Rahmenbedingungen in Baurecht und Immissionsschutz zum Bau neuer Tierwohlställe, zweifellos „ja“, allerdings: Die oben genannte Umstrukturierung auf mehr pflanzliche Nahrung und weniger Fleischproduktion gehört auch zu dieser Wahrheit.
- Dementsprechend darf es in Zukunft nicht mehr auf ein „fit machen für den Weltmarkt“ gehen. Dieser Satz aus den Sechzigerjahren hat zum Gesamtproblem in der – konventionellen – Landwirtschaft geführt und sollte „Geschichte“ sein. Tierhaltung sollte in Zukunft den heimischen – möglichst regionalen Markt bedienen und keine Überproduktionen mehr für den Export erzeugen, der zu allem Überdross dann auch noch hochsubventioniert zu Schleuderpreisen international vertrieben wird. Viel eher sollten Importbeschränkungen erwogen werden – auch, wenn das dann keinen offenen Markt mehr darstellt. Hier muss es in Zukunft um die Versorgung des heimischen Konsums als allgemeiner Daseinsvorsorge gehen.
- Kurze Wege durch Erhalt der Metzger- und Schlachthofstrukturen: Im Gegenteil: Wir werden etliche Anstrengungen unternehmen müssen, um diese Strukturen wieder aufzubauen. Hier ist viel zu viel kaputt gemacht worden.
- Das sollte nach all dem Gesagten selbstverständlich sein!

#### Zu 8.: Bildung, Forschung und Wissenstransfer: Die Praxis in den Blick nehmen:

- Angewandte Forschung ausbauen: Völliges Einverständnis!
- Transfer aus Forschung in die Bildung und Wissenschaft: Völlig einverstanden, ebenso mit den übrigen Punkten unter dieser Überschrift. Dabei ist meine Forderung aber, insbesondere den biologisch-ökologischen Zweig voranzubringen und aus der Nische zum Hauptzweig auf allen Ebenen zu entwickeln.

#### Zu 9.: Ernährungs- und Verbraucherpolitik: Bewusstsein schärfen:

- Sämtliche Punkte sind Teil unserer Forderungen und auch in unseren Wahlprogrammen niedergelegt. Alles bei einer klaren Priorisierung von Regionalität und dem Ausbau Biologischer

Landwirtschaft. Hier sind die Forderungen ja teilweise durch unser Bienen-Volksbegehren bereits Gesetz geworden, so dass wir eher die Durchführung überwachen müssen.

Zu 10.: Steuer- und Sozialpolitik: Bäuerliche Familienbetriebe stärken:

- Auch hier sind wir bzw. bin ich mit den Forderungen einverstanden soweit sie sich auf die Privilegierung der Landwirtschaft beziehen. Das gilt insbesondere für die Punkte 2, 3, 5 und 6, da sie den Betrieben helfen zu leben und zu überleben. Punkt 7 steht für mich die Behandlung v.a. der bäuerlichen Familienbetriebe außer Frage. Bei sehr großen und industriell geführten Höfen, bei entsprechenden Investorenbeteiligungen zur Profitmaximierung sehe ich diesen Satz kritisch. Für mich muss bei allen Erleichterungen der Klein- und Mittelständische Familienbetrieb gefördert werden.
- Die Punkte 8 und 9 sind unwidersprochen.
- Arbeitszeitgesetz flexibler gestalten sehe ich im Prinzip genauso; allerdings müssen hier auch Ausgleichszeiten garantiert werden, die in Nebensaisonalen Zeiten gewährt und gewahrt werden.
- Mütterrente stärken: Dazu hat die ÖDP von Anfang an weitergehende Forderungen, nämlich ein sozialversicherungspflichtiges Erziehungs- und Pflegegehalt für eine echte Entscheidung für die Erziehung und Pflege durch die Eltern bzw. Kinder mit der entsprechenden Rentenbildung.
- Verfügbarkeit von Saisonarbeitskräften sicherstellen: Das bleibt unwidersprochen
- Hinter die Honorierung des ehrenamtlichen Engagements bei der Rente kann ich mich ohne Einschränkung stellen. Das sollte auch gesamtgesellschaftlich gelten.

Mein persönliches Fazit: Noch einmal: Ich freue mich über die vielen Übereinstimmungen in unseren Positionen. An etliche werden wir uns weiter annähern, indem wir in der Diskussion und im Ringen um eine – wie wir sagen – enkeltaugliche Zukunft in der Land- und Forstwirtschaft weiter im Gespräch bleiben. Schließlich leben alle in unserem Land von dem, was die Landwirtschaft hervorbringt; dementsprechend haben wir alle nur dann eine gute Zukunft, wenn die Land- und Forstwirtschaft eine gute Zukunft hat.

Lasst uns miteinander weiter für die gute und richtige Lösung streiten und uns einsetzen.